



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

## Pressemitteilung

# Bund entlastet Länder und Kommunen um 20 Milliarden Euro

**Mit rund 20 Milliarden Euro wird der Bund die Länder und Kommunen bis 2019 unterstützen. Das hat der Bundestag heute mit einem weiteren Gesetz zur Entlastung von Ländern und Kommunen entschieden. Mit dem Gesetz setzen wir eines der prioritären Ziele des Koalitionsvertrags um: die Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben um 5 Milliarden Euro jährlich. Für Bremen bedeutet das nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds eine jährliche Entlastung von fast 59 Millionen Euro.**

Die SPD-Fraktion hat sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, einen Verteilungsschlüssel zu finden, der weitaus gezielter strukturschwache Kommunen entlastet. Dies scheiterte an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Länder haben durchgesetzt, dass eine Milliarde Euro von den insgesamt 5 Mrd. über die Länderhaushalte fließt. Die SPD-Fraktion hat im Haushaltsausschuss einen Beschluss erwirkt, der die Bundesregierung dazu verpflichtet, über die Verwendung der Mittel in den Ländern zu berichten.

Mit dem heute verabschiedeten Gesetz haben wir außerdem eine jährliche Integrationspauschale von je 2 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 an die Länder beschlossen, sowie die vollständige Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte, arbeitslose Flüchtlinge in Höhe von voraussichtlich 2,6 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018. Die Kommunen leisten einen wesentlichen Anteil der Integrationsarbeit, dafür benötigen sie eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Zusammen mit der Erhöhung der sozialen Wohnungsbaukosten um je 500 Millionen Euro für 2017 und 2018 kommt insgesamt eine Summe von knapp 20 Milliarden Euro zustande, die bis 2019 an Länder und Kommunen fließen.

Der Beschluss zeigt, dass der Bund seine Verantwortung ernst nimmt, den Kommunen ein verlässlicher Partner zu sein. Insbesondere begrüße ich, dass mit der dauerhaften Entlastung von 5 Milliarden für die Kommunen ein zentrales Versprechen des Koalitionsvertrages eingelöst wird. Die heutige Entscheidung hat auch maßgeblichen Einfluss auf die Finanzlage Bremens.

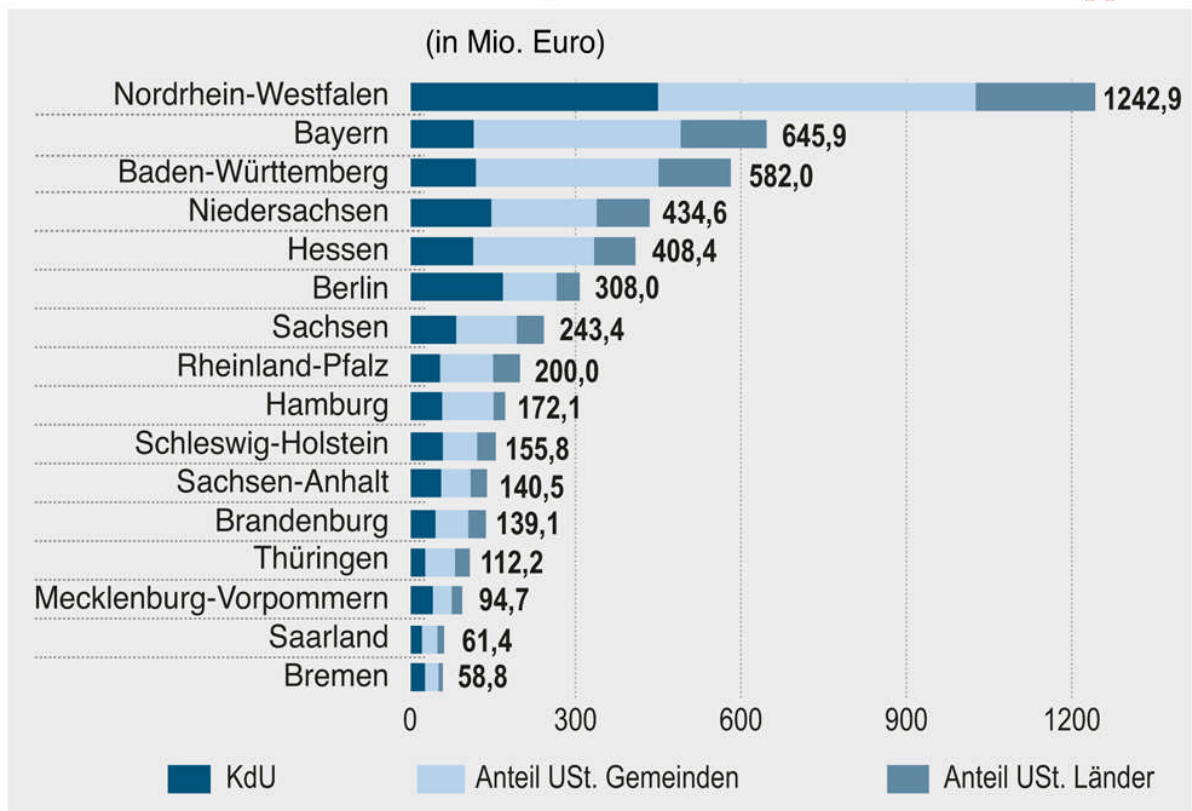


Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

## Entlastung der Kommunen

Einigung Bund / Länder zur Verteilung der 5 Mrd. Euro  
zur finanziellen Besserstellung der Kommunen ab 2018



Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund